

Zitierhinweis

Asch, Ronald G.: Rezension über: Jacqueline Rose (ed.), *The Politics of Counsel in England and Scotland, 1286-1707*, Oxford: Oxford University Press, 2016, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* (ZHF), 45 (2018), 1, S. 111-113, DOI: 10.15463/rec.1169363704



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Hilfsmittel geworden ist, so handelt es sich dabei nicht um eine verlässliche und stabil verfügbare Wissensressource. Ist eine Liste deutscher Lehnworte in anderen Sprachen nicht in der Fachliteratur zu finden?

Der Sammelband kann zwar ein Handbuch zum Thema nicht ersetzen, die einzelnen Beiträge liefern aber Einblick in verschiedene Facetten des Gesamthemas und erproben unterschiedliche methodische Zugriffe. Der Herausgeber hat in einer langen Einleitung versucht, dieser inspirierenden Vielfalt einen Rahmen zu geben. Neben der obligaten Ehrerweisung gegenüber Arno Borsts monumentaler Studie zur mittelalterlichen Rezeption der Geschichte des Turmbaus von Babel listet Classen hier im Eilverfahren eine Fülle berücksichtigungswerter Themenfelder auf, darunter Phänomene der Sprachkontrolle, die Persistenz einzelner Sprachgruppen, Kommunikationsverweigerung als Foltermethode, Sprache als Vermittlerin von Emotionen, Vielsprachigkeit als Machtinstrument, *Linguae francae*, Spracherwerb in Migrationssituationen, die Anzahl der weltweit gesprochenen Sprachen, die Transformation von Sprachen und Dialekten, die Interaktion von Sprachsystemen, die Rolle des Griechischen und Lateinischen in Europa, die Interdependenz geopolitischer und sprachlicher Veränderungen. Dies mündet dann in eine ausführliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Beispielen für Multilingualismus in mittelalterlicher Literatur. Die Einleitung endet mit einem kommentierenden Überblick über die einzelnen Beiträge, der weitere Themenfelder anreißt, darunter das Verhältnis von Sprache und Identität, Diglossie, Kontakt- und Grenzzonen, Code-Switching bzw. kontextgebundenen Sprachgebrauch, das interaktive Verhältnis von Substraten, Adstraten und Superstraten, Dolmetscher, Reisen, sprachliche Aspekte kultureller Reformbewegungen, Fehlkommunikation usw.

Die Einleitung spiegelt damit wider, vor welchen Herausforderungen das Forschungsfeld der historischen Multilingualismusforschung derzeit steht: Überwältigt von einer unübersehbaren Vielzahl von Themen, Quellen, sowohl regional als auch zeitlich gebundenen Fallstudien und sprachwissenschaftlichen Theorien hat die historische Forschung noch keinen Hebel gefunden, das Thema „Multilingualismus“ für die Politik-, Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Religions- und Mentalitätsgeschichte nutzbar zu machen. Der wiederholte Hinweis auf die anthropologische Grundkonstante menschlicher Kommunikation in verschiedenen Sprachen hat wenig historisches Erklärungspotenzial. Gewinnbringender erschiene es, systematisch zu überlegen, welche Einblicke die Sammlung und Analyse historischer Dokumente zu Vielsprachigkeit in menschliches Organisationsverhalten, Gruppendynamiken, Grenzziehungen und Grenzauflösungen, gesellschaftliche Transformationsprozesse, transkulturelle Austausch- und Rezeptionsprozesse, die Expansion und Kontraktion kultureller Einflusszonen, Kommunikation usw. geben kann. Die Beiträge dieses Bandes machen sehr deutlich, dass wir aus der intensiveren Beschäftigung mit Vielsprachigkeit viele Erkenntnisse ziehen können. Diese könnten eine historische Forschung bereichern, die nur allzu oft über gesellschaftliche Prozesse nachdenkt, ohne zu berücksichtigen, in welchen Sprachen sie stattfinden und was das über sie aussagt.

Daniel König, Heidelberg

Rose, Jacqueline (Hrsg.), *The Politics of Counsel in England and Scotland, 1286–1707* (Proceedings of the British Academy, 204), Oxford 2016, Oxford University Press, IX u. 303 S., £ 70,00.

Zu den Pflichten eines Lehensmannes gehörte es im Mittelalter, seinen Lehenstherrn mit *consilium* und *auxilium*, mit Rat und Hilfe, zu unterstützen. Wie und von wem der

König beraten wurde, war dabei eine Frage von zentraler Bedeutung. England und Schottland zeichneten sich dadurch aus, dass Ständeversammlungen bei der Beratung des Herrschers eine wichtige Rolle spielten, auch wenn das schottische Parlament zumindest vor den späten 1630er Jahren meist weniger selbständig agierte als das englische, umgekehrt aber auch als Instrument der politischen Integration, namentlich des hohen Adels, weniger effektiv war. Neben den Ständeversammlungen standen als Institutionen, die die Beratung des Herrschers formalisierten, die großen Ratsgremien, das heißt der englische und der schottische Privy Council. Der Sammelband untersucht sowohl die Rolle dieser Gremien und der Parlamente als auch informelle Mechanismen der Beratung des Monarchen. Der Akzent liegt dabei auf dem Vergleich zwischen Schottland und England, aber – für die frühe Neuzeit – auch auf den besonderen Problemen, die die Beratung eines Herrschers aufwarf, der mehrere Königreiche (England, Schottland und Irland) regierte. In ihrem Resümee des Bandes verweist die Herausgeberin Jacqueline Rose zu Recht darauf, dass es für Schottland und England zwischen 1603 und 1707 (dem Jahre der staatlichen Union der beiden Länder) kein gemeinsames Ratsgremium gab. Weder gab es in London einen britischen Staatsrat (statt eines englischen Staatsrats), noch gab es einen eigenen Schottlandrat, der den Monarchen in London in Fragen der schottischen Politik beraten hätte. Hier ist namentlich der Unterschied zur spanischen Monarchie auffällig, denn in Madrid tagten durchaus eigene Ratsgremien für die peripheren Reichsteile, sei es nun Aragon, Italien oder (nach 1580) Portugal. Wohl gab es nach 1603 Schotten, die dem Hofstaat des Monarchen angehörten und Einzelne besaßen auch Sitz und Stimme im (englischen) Privy Council, aber letzten Endes blieb es der Entscheidung des Monarchen überlassen, von wem sich von Fall zu Fall in schottischen Fragen beraten ließ. Alan R. MacDonald macht in seinem Beitrag über die „Early Stuart Period“ (1603–1640) in Schottland deutlich, dass Jakob I. vor 1603 relativ häufig das schottische Parlament oder zumindest eine Convention of Estates (hier war der König in der Auswahl der Zusammensetzung freier als bei einem Parlament; die Convention war eine Art von Notablenversammlung) einberief. All das entfiel nach 1603 größtenteils, da es keinen „Vizekönig“ gab, der in Abwesenheit des Königs mit den Ständen hätte verhandeln können. Die Folge war, dass der Monarch den Kontakt zu den schottischen Eliten zunehmend verlor, eine Entwicklung, die sich mit dem Regierungsantritt Karls I. 1625 beschleunigte.

Unter den Kapiteln, die sich mit England beschäftigen, ist dasjenige von Richard Rex über „Counsel and Consensus“ in den 1530er Jahren hervorzuheben. Rex macht deutlich, dass Heinrich VIII. sich zwar in der Theorie dazu bekannte, auch für kritische Ratsschläge offen zu sein, dass in der Praxis unwillkommene Ratsschläge einen Amtsträger aber rasch in Ungnade fallen ließen und ihn schlimmstenfalls auch in den Tower und seinen Hals auf den Richtblock des Henkers bringen konnten. Im Vergleich dazu waren die Zustände unter Elisabeth I. geradezu idyllisch. Wie Susan Doran hervorhebt, widersetzte sich Elisabeth selten dauerhaft den Ratsschlägen ihres Privy Council, wenn dieses geschlossen auftrat. Ob man dieser Einschätzung ganz folgen will, ist allerdings die Frage, denn es gab ja immer wieder Fälle, in denen einflussreiche Privy Councillors den Umweg über das Parlament wählten, um Druck auf die Königin auszuüben. Wenn sie wirklich so folgsam gewesen wäre, wäre das wohl kaum notwendig gewesen.

Schließlich setzt sich Jacqueline Rose selbst mit dem Problem der Beratung des Monarchen aus royalistischer Sicht während des Bürgerkrieges, des Interregnums und der frühen Restaurationsepoche nach 1660 auseinander, und zwar vor allem mit Blick auf Edward Hyde, der in den 1640er Jahren zu den wichtigsten Beratern Karls I. gehörte, um dann seinem Sohn ins Exil zu folgen und um nach 1660 mit dem Titel eines Earl of Clarendon als Lordkanzler den Wiederaufbau monarchischer Strukturen und

der Church of England zu beaufsichtigen. Hyde lehnte die Forderung des Langen Parlaments, der König solle sich nur von Personen beraten lassen, die das Parlament approbiert habe, scharf ab, sah sich aber seinerseits mit dem Problem konfrontiert, dass die offiziellen Ratsgremien sowohl in den 1640er Jahren als auch nach 1660 von persönlichen Vertrauten des Herrschers umgangen wurden, die sich weder durch einen Eid zur Verschwiegenheit verpflichtet hatten noch durch die Mitgliedschaft in einem Gremium zur Zusammenarbeit mit anderen Ratgebern genötigt waren. Die chaotische Regierungsweise Karls II. nach 1660 war auch dadurch bedingt, ebenso wie die Unfähigkeit Karls I. nach 1642, seine eigenen Generäle und Offiziere unter Kontrolle zu halten. Ohne die aktive Mitwirkung des Parlaments, das den König nötigte, sich im Alltag der Regierungsgeschäfte an bestimmte Regeln zu halten, war dieses Problem jedoch kaum zu lösen.

Der Band wird ergänzt durch eine Reihe von Beiträgen über Schottland und England im 15. Jahrhundert. Neuland erschließt er besonders hinsichtlich der Verwaltungs- und Regierungsstrukturen in Schottland; die Beiträge über England setzen zwar im Einzelnen neue Akzente, verändern unser Bild der Rolle von Privy Council und Parlament aber nicht wesentlich.

Ronald G. Asch, Freiburg i. Br.

Schneider-Ferber, Karin, Ritter im Exil. Die Geschichte der Johanniter, Darmstadt 2016, Theiss, 262 S. / Abb., € 29,95.

Für historische Literatur zum Johanniterorden gibt es potenziell ein breites Publikum. Die alten Wirkungsstätten des Ordens, das Heilige Land, die Ägäis, das maltesische Archipel, sind heute Ziele des Massentourismus. Die markantesten baulichen Zeugnisse aus der über 900-jährigen Geschichte dieses Ritterordens sind als UNESCO-Weltkulturerbe gelistet und ziehen Jahr für Jahr Scharen von Besuchern in ihren Bann: die Kreuzritterburg Krak des Chevaliers (nahe Homs, Syrien) und die an die Ära der Türkenkriege erinnernden Festungsstädte Rhodos und Valletta (Malta). Im Literaturangebot spiegelt sich diese Popularität jedoch nur unzureichend wider. Wer Näheres über die verschlungene Geschichte der Johanniter erfahren möchte, dem stand im Sachbuchsegment bislang kaum ein ansprechender Titel zur Verfügung. Ein Ausweichen auf die Forschungsliteratur bietet sich für das allgemeine Publikum nicht an, da die Fachbeiträge thematisch oft zu stark spezialisiert sind und selten die gesamte Geschichte der Johanniter berücksichtigen. Die große Monografie zum Thema steht trotz intensiver Forschungen auf dem Themengebiet noch aus. Das hier zu würdigende, rundum gelungene Sachbuch der Historikerin und Journalistin Schneider-Ferber verdient deshalb Beachtung.

Auf den ersten Seiten werden zunächst die im Kontext der Pilgerfahrten und Kreuzzüge stehenden Anfänge des Johanniterordens knapp und verständlich abgehandelt. Der Orden ging aus einer von italienischen Kaufleuten Mitte des 11. Jahrhunderts in Jerusalem gegründeten Hospitalbruderschaft hervor, die sich in den Jahren nach der christlichen Eroberung der Heiligen Stadt 1099 allmählich verselbstständigte und dabei zunehmend politisches Gewicht gewann. Zu den karitativen kamen Mitte des 12. Jahrhunderts militärische Aufgaben hinzu. Schon wenig später bildeten die Johanniter zusammen mit den anderen großen geistlichen Ritterorden, den Templern und dem Deutschen Orden, das militärische Rückgrat der Kreuzfahrerstaaten. Wirtschaftliche Grundlage ihrer Unternehmungen in Outremer waren Überschüsse aus Grundbesitz in Europa, den der Orden durch Schenkungen und fürstliche Patronage erwarb. Die Eroberung der Küstenstadt Akkon durch ein Heer der Mamluken im Jahr